



Zukunftsrat **Hamburg**

Nachlese

20 Jahre Zukunftsrat Hamburg - Startsignal für eine erneuerte nachhaltige Zukunftsstrategie am 31.10. 2016 in der Universität Hamburg

Nach 20 Jahren Engagement für eine nachhaltige Entwicklung der Hansestadt, haben wir zurückgeblickt auf die letzten zwei Jahrzehnte, analysiert, wie es um Strategien wie die Große Transformation und Green Economy steht und wie neue Wege zur Nachhaltigkeit beschritten werden können. Und wir haben über Leitlinien und neue Ansätze zu Themenschwerpunkten wie Klimapolitik, Energiewende oder Green Economy für eine zukunftsorientierte Hamburg-Agenda diskutiert.

Als Anshub für Hamburgs Nachhaltigkeitspolitik sollten langfristige Strategien sowie zukunftsweisende Schlüsselprojekte für eine Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie vorgestellt werden. Zum einen mittels der Präsentation theoretischer Ansätze in Form von Forschungsbeiträgen sowie weitreichender Konzepte für nachhaltiges Wirtschaften. Zum anderen haben unsere Gäste aus Kopenhagen und Danzig anschaulich berichtet, wie andere europäische Städte die Herausforderungen für eine nachhaltige Zukunft bewältigen.

Nach der Begrüßung durch den Sprecher des Zukunftsrats, Stefan Füsers, und der Einführung in den Ablauf des Abends durch die Moderatorin Dr. Anke Butscher, gab **Dr. Jochen Menzel**, Gründungsmitglied und langjähriger (stellvertretender) Sprecher des Zukunftsrats Hamburg, unter dem Titel „Eine Vision kommt in die Jahre. Lehren aus 20 Jahren Engagement für ein nachhaltiges Hamburg“ einen Überblick über die Arbeit des Zukunftsrats und die Entwicklung der Nachhaltigkeitspolitik in Hamburg. Er sprach über die Veränderung des Begriffs Nachhaltigkeit und kritisierte die eher untergeordnete Rolle, die Nachhaltigkeit in der Hamburger Politik spielt. Doch gab es auch Positives zu berichten, wie etwa 1998 das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 von Rio“ des rot-grünen Senats oder das „Kursbuch Umwelt – Ziele für ein zukunftsfähiges Hamburg“ – trotz deren Priorisierung ökologischer Nachhaltigkeit. Ebenfalls zur Sprache kamen die Olympia-Bewerbungen Hamburgs 2003 und 2015 und andere Maßnahmen der acht Landesregierungen, mit denen der Zukunftsrat im Laufe der letzten 20 Jahre zusammengearbeitet hat.

Zusammenfassend stellte Dr. Menzel fest: Hamburgs Politik ist an einer punktuellen, kurzfristigen Nachhaltigkeitspolitik interessiert. Die Zivilgesellschaft sei nötig, um die Politik kontinuierlich an die globale, umfassende und langfristige Ausrichtung einer nachhaltigen Entwicklung zu erinnern und diese einzufordern.

Zudem sei Hamburg Teil einer ungleichen liberalen Weltwirtschaft, in der starke ökonomische Interessen als vorrangig betrachtet werden.

Basierend auf dem Gutachten „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) thematisierte **Dr. Ulf Skirke** in dem folgenden Vortrag möglich Formen und Gestaltungsregeln der Zukunftsplanung, vor allem die Große Transformation mit ihren drei zentralen Feldern Energie, Urbanisierung, Landnutzung. Es gelte, einen "umfassenden Umbau aus Einsicht, Umsicht und Voraussicht" voranzutreiben. Der Gesellschaftsvertrag kombiniere eine Kultur der Achtsamkeit (aus ökologischer Verantwortung) mit einer Kultur der (demokratische) Teilhabe sowie einer Kultur der Verpflichtung zur Generationengerechtigkeit. Die Transformation müsse wissenschaftsbasiert sein, auf einer gemeinsamen Vision beruhen und vom Vorsorgeprinzip geleitet sein. Sie stütze sich auf "Pioniere des Wandels", die neue Entwicklungsmöglichkeiten testen und intensivieren. Zudem benötige diese Transformation einen "gestaltenden Staat", der Entfaltungsmöglichkeiten eröffne, Weichen für den Strukturwandel stelle und die Implementierung klimaverträglicher Innovationen absichere. Unerlässlich sei eine Kooperation der internationalen Staatengemeinschaft sowie der Aufbau von Strukturen für globale Politikgestaltung (Global Governance).

Dr. Skirke fasste die wichtigsten Entwicklungen und Konferenzen sowie die daraus resultierenden politische Entscheidungen der letzten Jahrzehnte zusammen, etwa das Umweltprogramm der UN (UNEP): „Towards a Green Economy“, dessen drei Grundideen die Entkoppelung von BIP-Wachstum und Ressourcenverbrauch, eine CO₂-arme, ressourceneffiziente und sozial inklusive Wirtschaftsweise sowie den Einstieg in die Kreislaufwirtschaft beinhalten; die UN-Klimakonferenzen, den (Dialogprozess zum) Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung und die Sustainable Development Goals der UN. Aber auch spezifische Hamburger Projekte wurden genannt, wie „TRANSFORM“, das mit Lyon, Wien, Genua eine Agenda für low carbon cities entwickelt hat. Weitere Schwerpunkte waren Partizipation und Nachhaltigkeitsdemokratie. Hier wurden zwei konkrete Vorschläge für Hamburg gemacht: Die Direktwahl des Ersten Bürgermeisters und die Einrichtung einer ständigen 2. Kammer der Zivilgesellschaft.

Prof. Jürgen Oßenbrügge referierte über die Nachhaltigkeitsdiskussion am Beispiel der Stadtentwicklung in Hamburg (z.B. Metropole Hamburg – wachsende Stadt) und gab Impulse aus der inter- und transnationalen Stadtdiskussion (Konferenz über Umwelt und Entwicklung – Agenda 21, HABITAT II und III, MDG – Millennium Development Goals (2000-2015), World Urban Forum (1), Rio + 20: Städte als Schlüssel nachhaltiger Entwicklung, SDG – Sustainable Development Goals (2016-2030)).

Außerdem nahm er Bezug auf das Buch „Risikogesellschaft“ des Soziologen Ulrich Beck. Es thematisiert die selbst produzierten Gefahren (wie etwa Atomkraftwerke) für die moderne Gesellschaft, die sich den bestehenden Sicherungsmechanismen des Staates entziehen und dessen Bedeutung für die Gesellschaft.

Abschließend betonte Prof. Oßenbrügge auch die Wichtigkeit, neue Denkmuster zuzulassen, sich beispielsweise „Wolfsburg ohne VW vorzustellen“, um neue Mobilitäts- aber auch Wirtschaftsansätze entwickeln zu können.

Die Bestandsaufnahme von **Dr. Delia Schindler**, langjähriger (stellvertretender) Sprecherin des Zukunftsrats, wurde bewusst subjektiv aus Sicht einer NGO-Vertreterin erstellt. Im

Zentrum ihrer Überlegungen standen dabei Hamburg und das Verhältnis von Politik zu den BürgerInnen und der Politik zu den Unternehmen.

Der Glaube an die Heilkraft des Wirtschaftswachstums der (nicht nur) Hamburger Politik scheint immer noch weitestgehend ungebrochen, obwohl offenkundig ist, dass unsere Überflussgesellschaft nicht mehr Wohlstand benötigt, sondern eine gerechtere Verteilung des Wohlstands. Die Wachstumslogik in Frage zu stellen ist aus Dr. Schindlers Sicht das stärkste Tabu, das derzeit in der Stadt festzustellen ist.

Und das obwohl eine Umfrage der UN und der Unternehmensberatung Accenture (2013) unter 1000 Konzernchefs aus 100 Ländern zu folgendem Ergebnis kommt: Acht von zehn Unternehmens- und Konzernchefs wünschen sich radikalere Vorgaben von der Politik, um beim Thema Nachhaltigkeit stärker voranzukommen. Dieser Wunsch wird in Hamburg leider nicht umgesetzt. Die Hamburger Umweltpartnerschaft ist eine gute Initiative, sollte jedoch eine Nachhaltigkeitspartnerschaft sein, denn Umweltaspekte zu betrachten sei unzureichend. Statt die Bemühungen zu forcieren wurden die Mittel für den Klimaschutz seit 2014 wesentlich reduziert und der Konsument als CO₂ Emittenten spiel in den Konzepten keine Rolle. Die Politik sollte mutiger sein angesichts der Größe der Probleme.

Konkrete Maßnahmen wurden am Beispiel von Michael Kopatz vom Wuppertal Institut und seinem neuen Buch „Öko-Routine“ genannt. Strukturen, so argumentiert er, lassen sich einfacher verändern als Menschen. Seine Vision: Politik und Wirtschaft entwickeln Richtlinien und Standards, die es jedem Einzelnen ohne Nachdenken ermöglichen, seinen Alltag umweltverträglich zu gestalten.

Fazit: Das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft sollte grundlegend verändert werden. Dr. Schindler stellte die These auf, dass sich dieses Verhältnis bereits geändert hat, die Politik dies nur entweder noch nicht realisiert hat oder nicht weiß, wie sie damit umgehen soll.

Elzbieta Goncz berichtete in Ihrem Vortrag zunächst über die Basisdaten und die Beschaffenheit der drei Städte Gdansk, Gdynia, und Sopot (TRIPOLIS) und erläuterte dann deren Zukunftsfähigkeit, die entsprechenden Maßnahmen von Politik und Verwaltung und die Zukunftsperspektiven der Städte.

Im weltweiten Vergleich ist nur Warschau in den Kategorien *People* (15), *Planet* (54), *Profit* (36) vertreten (laut ARCADIS (2016), einem Index nachhaltiger Städte weltweit). Innerhalb Polens belegt Warschau den ersten Platz der nachhaltigen Städte, Sopot den zweiten, Gdansk den vierten und Gdynia den zehnten (laut EUROPOLIS (2016), einem Nachhaltigkeitsindex für polnische Städte).

Anstatt überholten Dogmen wie der Macht des Marktes und der Unverzichtbarkeit von Wachstum zu folgen, plädierte Frau Goncz viel mehr für Bildung und Partizipation, denn sie spielen eine zentrale Rolle beim Erreichen von Nachhaltigkeit. Dies gelte nicht nur für Schulen und Universitäten sondern auch für PolitikerInnen und BürgerInnen, die in alle Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollten.

Ihre Vision für 2030 lautet daher: TRIPOLIS soll eine innovative, nachhaltige und wettbewerbsfähige europäische Metropolregion werden: ökonomisch stark, mit einem Hafen

als logistischem Knotenpunkt der Ostsee und als attraktivem Freizeit- und Erholungsgebiet, mit hervorragendem Öffentlichen Personennahverkehr und als Modelregion Polens für öffentliche Debatten.

Unter dem Motto „Co-Create Copenhagen“ schilderte **Monica Belling-Magnussen**, Projektleiterin in der Abteilung Kommunalentwicklung, Kopenhagens Entwicklung hin zu einer grünen und lebenswerten Stadt. Bis 2025 soll Kopenhagen CO₂-neutral werden, die radfahrfreundlichste Stadt der Welt und eine saubere und gesunde Stadt. Auf dem Weg dorthin hat Kopenhagen gute Voraussetzungen: Es ist eine wohlhabende, wirtschaftlich starke Stadt, die einen wichtigen Schwerpunkt in der "grünen" Ökonomie hat. Andererseits haben diese Stärken und die daraus resultierende Anziehungskraft der Stadt auch zur Folge, dass die zahlreichen neuen EinwohnerInnen mit angemessenem Wohnraum und entsprechender Infrastruktur versorgt werden müssen.

Ein Meilenstein auf dem Weg zur „grünen“ und „blauen“ Stadt war die Reinigung des inneren Hafens, in dem man jetzt sogar schwimmen kann – was einen enormen Gewinn für die Lebensqualität bedeutet.

Ein Problem sind derzeit noch Mülltrennung und Recycling. Bis 2025 soll eine Wiederverwertungsquote von 45% erreicht werden. Dagegen ist die Versorgung kommunaler Küchen mit ökologischen Lebensmitteln mit 90% (2015) vorbildlich. Auch im Vergabewesen will Kopenhagen Zeichen setzen: Mit rund 1,5 Mrd. Euro Auftragsvolumen pro Jahr will die Stadt ihre Marktmacht bewusst nutzen, um innovative, nachhaltige und sozial verantwortliche Lösungen zu entwickeln.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurde ein thematischer Dialog zwischen Publikum und Moderatorin hergestellt – mit dem Ziel einer Ideensammlung von allen Teilnehmenden für wichtige Schlüsselthemen des Zukunftsrats.

Die Ideen wurden gesammelt und von Dr. Anke Butscher kurz vorgestellt. Als Ergebnis der Sammlung ergaben sich eine Vielzahl von Schlüsselthemen, die von den Anwesenden als besonders wichtig erachtet wurden, entsprechend der Vielfalt der Teilnehmenden: Von Wachstum über Stadtentwicklung zu Konsum und Schifffahrt und vielen mehr.

Stefan Füsers beendete die Veranstaltung mit einem Ausblick auf Schwerpunkte der weiteren Arbeit des Zukunftsrates. Für 2017 sind beispielsweise Veranstaltungen zu den Sustainable Development Goals, nachhaltigem Tourismus sowie ein weiterer Kongress geplant.

Es nahm eine breites Spektrum an Hamburger Nachhaltigkeitsakteuren am Kongress teil, etwa VertreterInnen der SAGA, der ZEBAU GmbH, des World Future Council, des oekom Verlags aber auch von Vereinen wie der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung (ANU), der Kulturwerkstatt sowie der Universität Hamburg, der FOM Hochschule und des Studierendenwerks, der Kirche sowie zahlreiche interessierte BürgerInnen.